



Pressemitteilung:

Bundestagsabgeordnete treten für mehr Katzenschutz ein

MdB Hagl-Kehl und Al-Halak treten für Kastrations- und Kennzeichnungspflicht ein - Gesprächsrunde mit Tierschützern und Kommunalpolitikern.

Freyung-Grafenau, 15.06.2022

Anlagen: 1 Foto

Rita Hagl-Kehl, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 227-78 294
rita.hagl-kehl@bundestag.de

Wahlkreisbüro Deggendorf
Nördlicher Stadtgraben 9
94469 Deggendorf

Telefon: 0991 379 11 65
rita.hagl-kehl.wk01@bundestag.de

www.rita-hagl-kehl.de

Muhanad Al-Halak, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 227- 78 596
muhanad.al-halak@bundestag.de

Wahlkreisbüro Grafenau
Rathausgasse 5
94481 Grafenau

Telefon: 08552 774 96 99
muhanad.al-halak.ma02@bundestag.de

Freyung-Grafenau - In über tausend Kommunen deutschlandweit gibt es bereits eine Kastrations-, Kennzeichnungs- und/oder Registrierungspflicht für Katzen. Dadurch können eine unkontrollierte Überpopulation verhindert, die Katzen selbst vor Krankheiten und verwilderte Tiere vor Hunger und Leid geschützt werden. Eine entsprechende Verordnung wünschen sich die beiden Bundestagsabgeordneten Rita Hagl-Kehl (SPD) und Muhanad Al-Halak (FDP) auch für den Landkreis Freyung-Grafenau. Die beiden Politiker nahmen an einer Gesprächsrunde teil, zu der die Tierschützerin Tanja Aufschläger aus Höhenbrunn geladen hatte. Mit dabei waren außerdem Hilde Greiner, stellvertretende Landrätin und SPD-Ortsvorsitzende in Grafenau, der Spiegelauer Bürgermeister Karlheinz Roth (CSU) und Andreas Waiblinger (SPD), zweiter Bürgermeister der Gemeinde St.Oswald-Riedlhütte, Max Riedl (CSU), zweiter Bürgermeister von Grafenau, die drei Tierärzte Dr. Maren Bestmann-Auchter, Dr. Birgit Poitner und Dr. Essa Alaukaili, Vertreter der Stiftung „Tiere in Not Grafenau“, des Bauernverbandes und vielen weiteren engagierten Tierschützern aus der Region.

„Mit dem Paragraphen 13 b Tierschutzgesetz bietet der Gesetzgeber den Bundesländern die Möglichkeit, entsprechende Kastrations- und Kennzeichnungsverordnungen zu erlassen oder diese Kompetenz an die Kreisverwaltungsbehörden weiterzugeben“, berichtete Rita Hagl-Kehl. In Bayern habe sich der Freistaat entschieden, diese Möglichkeit zu nutzen, wodurch Landkreise und kreisfreie Städte für einen Teil oder ihr ganzes Gebiet entsprechende Verordnungen erlassen können. Welche Maßnahme dabei genau ergriffen werden, ob Kastrationspflicht, Kennzeichnungs- und/oder Registrierungspflicht oder womöglich ein „Freilaufverbot für unkastrierte Katzen“, könne die betroffene Behörde je nach Situation entscheiden. Dazu Muhanad Al-Halak: „Allein durch eine Kennzeichnung- und Registrierungspflicht wäre vielen freilaufenden Katzen schon geholfen, da man



dann zum Beispiel verletzte oder kranke Tiere dem Besitzer eindeutig zuordnen kann.“ Vielen Menschen seien die Probleme, die vor allem durch freilaufende unkastrierte und unregistrierte Katzen entstehen, nicht bewusst.

Das Gespräch drehte sich zunächst um die gesundheitlichen Vorteile einer Kastration für Katzen. Die drei Tierärzte standen hierzu Rede und Antwort. Grundsätzlich seien kastrierte Katzen in ihrem ganzen Verhalten ruhiger und ausgeglichener. Allein hierdurch könnten viele Verletzungen verhindert werden, insbesondere auch bei Katzen, die nur im Haus gehalten werden. Bei freilaufenden und verwilderten Katzen führe es zudem dazu, dass es zu keinen Verletzungen komme, die bei Paarungs- und revierbedingten Kämpfen entstünden. Auch die Gefahr, dass die Tiere Straßen überquerten und dabei überfahren würden, sinke. Bei den weiblichen Tieren, die bis zu drei Würfe pro Jahr haben können, würde so die ungehinderte Fortpflanzung verhindert. Dadurch werde nicht nur ein unkontrollierter Anstieg der Population unterbunden, sondern auch die Lebenserwartung der Katzen deutlich erhöht, da das Risiko für hormonell bedingte Erkrankungen und für Infektionen durch die Paarung entfalle.

Es gebe stichhaltige Gründe, eine Überpopulation zu verhindern, betonten die Fachleute. Anders als von vielen angenommen seien Hauskatzen auf die Unterstützung des Menschen angewiesen. Verwilderte und teilweise auch freilaufende Tiere litten oft an Hunger und Krankheiten, die durch das Leben abseits des Menschen hervorgerufen würden. Dieses Leid könnte durch eine flächendeckende Kastrations-, Kennzeichnungs- und/oder Registrierungspflicht deutlich reduziert werden, waren sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer einig. Besonders in den Gemeinden entlang des Naturschutzgebiets Bayerischer Wald komme zusätzlich auch der Schutz seltener Tierarten hinzu. „Verwilderte und freilaufende Katzen dringen in die Lebensräume von Wildtieren ein und werden zu einer Bedrohung für Vögel, kleine Säugetiere und Reptilien“, wurde berichtet. Zuletzt könne es auch zu einer genetischen Vermischung mit der seltenen Wildkatze kommen, deren Bestand somit nicht nur durch die Hauskatze als Fressfeind, sondern auch durch die hybriden Nachkommen in ihrer genetischen Besonderheit bedroht werde.

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich abschließend einig, dass auch im Landkreis Freyung-Grafenau Handlungsbedarf im Kampf gegen das Leid freilaufender Katzen bestehe. In diesem Anliegen wollen Rita Hagl-Kehl und Muhanad Al-Halak Tanja Aufschläger und ihr engagiertes Helferteam unterstützen.

